

## Flächenbrand Syrien? Konfliktanalyse und Zukunftsszenarien zwei Jahre nach Ausbruch des Aufstandes

---



**DOI-Kurzanalysen**  
Ausgabe März 2013

**Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation**  
**-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-**

gegründet / founded by NUMOV 1960

Jan Deeg und Sebastian Sons

**Flächenbrand Syrien?****Konfliktanalyse und Zukunftsszenarien zwei Jahre nach Ausbruch des Aufstandes****Zusammenfassung**

**Der Bürgerkrieg in Syrien tobt nun schon seit fast zwei Jahren und scheint vorläufig kein Ende nehmen zu wollen. An Brutalität und Komplexität hat dieser Krieg die in den umliegenden Ländern wie Tunesien, Ägypten oder Libyen schwelenden und ausgebrochenen Konflikte bereits weit übertroffen. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind bereits mehr als 70.000 Menschen ums Leben gekommen, mindestens 2,5 Millionen sind binnenflüchtig, und über 750.000 sind offiziell in benachbarte Staaten wie die Türkei oder Jordanien geflohen.**

**Syrische Aktivisten und Nahostexperten befürchten daher, dass sich trotz des bereits jetzt schon desolaten Zustands die Lage in Syrien auch im Jahr 2013 um ein Vielfaches verschlimmern wird. Seit Mitte 2012 hat der Konflikt zunehmend religiös-konfessionelle Züge angenommen, die an die bis heute andauernde angespannte Situation im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 erinnern, in der sich aber auch die strategischen Interessen von ausländischen Mächten widerspiegeln.**

**Zusätzlich zu der genannten Problematik lassen sich seit einiger Zeit noch zwei weitere Entwicklungen feststellen, die die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Konfliktes immer mehr ausschließen. Einerseits wird der Konflikt fortlaufend entpolitisiert und zunehmend militarisiert, was eine politische Lösung gravierend erschwert. Andererseits muss eine rasch ansteigende und deutlich erkennbare Radikalisierung und Islamisierung innerhalb der Oppositionsbewegung konstatiert werden, die die säkulare Opposition und große Teile der internationalen Gemeinschaft seit geraumer Zeit zunehmend beunruhigt.**

**I. Einleitung**

Die Woge des so genannten „Arabischen Frühlings“, die mit der tunesischen Revolution begann, erreichte Syrien Mitte März 2011, als

Einwohner der südlichen Stadt Daraa auf die Straße gingen, um friedlich gegen die Inhaftierung und Folter einer Gruppe von Schüler zu protestieren, die regimekritische Graffitis („Das Volk will den Sturz des Regimes“) verbreitet hatten. Die Demonstrationen weiteten sich schnell im ganzen Lande aus, und die Rufe nach mehr wirtschaftlichen Entwicklung und politischer Freiheit wurden immer lauter. Insbesondere die soziökonomische Fehlentwicklung kann als wesentlicher Auslöser der sozialen Proteste gesehen werden: Unter dem Assad-Regime klaffte die soziale Kluft immer weiter auseinander. Weite Teile der ruralen Bevölkerung litten unter der Patronagepolitik und der Korruption des Regimes, welches bestimmte Gruppen bevorzugte, während sich die generelle Armut deutlich verschärfte. Diese mafiaartige Vetternwirtschaft führte zu einer dramatischen Ungleichheit des Wohlstandsniveaus. Allein zwischen 2004 und 2007 stieg die Armutsrate von 30,1% auf 33%, zwischen 2008 und 2010 erhöhten sich die Lebensmittelpreise um 42%, weil der Staat Subventionen auf Konsumgüter kürzte. Am Vorabend des Aufstandes, im Winter 2011, lag die Arbeitslosigkeit bei etwa 22%, die Jugendarbeitslosigkeit bei 32%. Durch Dürren in der Landwirtschaft verloren allein im Osten Syriens 800.000 Menschen ihre Lebensgrundlage.

Das Regime von Präsident Bashar al-Assad reagierte auf die anfangs friedlichen Forderungen nach mehr Brot, Würde und Freiheit mit massiver Repressionspolitik. In der Hoffnung, den Aufstand mit Gewalt ersticken zu können, setzte es die berüchtigten Sicherheitskräfte (*mukhabarat*) und weitere Schlägertruppen wie die Republikanischen Garden oder die *Shabiha*-Milizen (arabisch: „Geister“) auf die Demonstranten an. Gleichzeitig führte es eine Reihe von oberflächlichen politischen Reformen ein, die allerdings keine grundlegenden Änderungen der politischen Struktur nach sich führten.

Ermutigt durch die Ereignisse in Tunesien, Libyen und Ägypten ließen sich die syrischen Demonstranten dieses Mal nicht durch die Repressionsmaßnahmen der Sicherheitskräfte demoralisieren. In vielen Teilen des Landes Land formierten sich Demonstratio-

nen, und im Verlauf des Jahres 2011 wurden die Forderungen nach einem Rücktritt al-Assads unüberhörbar. Daraufhin beschloss al-Assad im April 2011, die syrische Armee zu mobilisieren, um den Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Schon bald gingen die ersten Bilder und Videos des mit Panzern belagerten Daraa durch die Medien, das vollständig von der Außenwelt abgeschnitten und täglich bombardiert wurde. Bis Ende April 2011 wurden schätzungsweise 500 Demonstranten getötet.

Über die nächsten Monate hinweg verschärfte sich die Lage: Razzien der Sicherheitskräfte und der Armee fanden in allen größeren Städten statt. Dabei kam es zu Tötungen und Massenverhaftungen von Hunderten von Menschen. In diesem Zeitraum durchlief der Aufstand eine Phase der Transformation, in der er zunehmend die Züge eines militärischen Konflikts annahm. Al-Assads Strategie, den Aufstand mit Gewalt zu ersticken, löste unter der Bevölkerung, inklusive Teilen seiner eigenen Truppen, eine militärische Gegenreaktion aus: Tausende Soldaten desertierten und schlossen sich mit jungen Männern aus der Zivilbevölkerung zu Militärbataillonen (arabisch: *al-majalis al-'askariya*) und später der Freien Syrischen Armee (FSA) zusammen, die es sich zum Ziel machten, die Interessen der Revolution und Zivilbevölkerung zu schützen und al-Assads loyale Militärmacht mit Waffengewalt zu bekämpfen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist aus der syrischen Revolution, die als friedlicher und ziviler Aufstand begonnen hatte, ein militärischer Konflikt geworden, den viele auch als Bürgerkrieg bezeichnen. Mittlerweile ist Syrien eine zutiefst zerrissene, gespaltene und unglückliche Nation, in der die unterschiedlichen Ethnien und Konfessionen gegeneinander vorgehen, externe Akteure immer mehr Einfluss nehmen und die Gewalt täglich zunimmt.

## II. Militärisches Patt

Seit der Entstehung der FSA im Sommer 2011 ist es den Rebellen gelungen, sich von der türkischen Grenze im Norden aus langsam ins Landesinnere vorzukämpfen und großflächige militärische Erfolge zu erzielen. Mittlerweile verfügt die FSA vermutlich über bis zu 20.000 Kämpfer, wenngleich Eigenangaben nennen 40.000 Soldaten. Al-Assad reagierte auf erwartete Weise und verdoppelte den Einsatz seiner Truppen. Nach an-

fänglichen Erfolgen geriet der Vorstoß der Rebellen dadurch ins Stocken, besonders, da die FSA der regulären syrischen Armee zahlenmäßig, militärisch und logistisch um ein Vielfaches unterlegen war und weiterhin ist. Offene Konfrontationen kann sie bis heute nicht wagen und muss sich stattdessen auf Methoden der „asymmetrischen Kriegsführung“ stützen. Bis heute fehlt der FSA eine klare Führungsstruktur, was häufig zu Uneinigkeiten und Missverständnissen zwischen den einzelnen Bataillonen, Kampfverbänden und Kommandierenden führt.

Im Januar 2012 mussten die Rebellen den härtesten Rückschlag einstecken, als die reguläre Armee die Oppositionshochburg um den Baba-Amr-Bezirk in Homs unter schwerem Beschuss nahm. Zwischen 5.000 und 6.000 Oppositionelle und Zivilisten kamen dabei ums Leben, die FSA war schwer angeschlagen und die Rebellen mussten den Rückzug antreten.

Im April 2012 war die FSA wieder in der Lage, sich neu zu formieren und nahm den Kampf gegen das Regime wieder auf. Seitdem konnte sie die reguläre Armee an einigen Fronten erfolgreich schlagen und hat zahlreiche Städte und Provinzen eingenommen. So kontrolliert die FSA mittlerweile den Südwesten, den Südosten und die Regionen an der libanesischen und türkischen Grenze. Auch in den ehemaligen al-Assad-Hochburgen Damaskus und Aleppo hat die Opposition an Einfluss genommen, wenngleich sie hier nur Teile kontrollieren. Der Norden und Nordosten wird weitgehend von der kurdischen Opposition kontrolliert. Dennoch ist es der FSA bislang nicht gelungen, eine „befreite Zone“ zu bilden, von der sie unbehelligt operieren könnte, was der libyschen Opposition noch im Kampf gegen Muammar al-Gaddafi gelungen war.

Mittlerweile ist auch klar geworden, dass unter den momentanen Umständen weder die Armee noch die Rebellen eine baldige militärische Oberhand in dem Konflikt gewinnen werden und ein „Sieg auf dem Schlachtfeld“ zum jetzigen Zeitpunkt illusorisch erscheint. Es handelt sich um einen führungslosen Widerstand, der zwar nicht zerschlagen werden kann, aber ineffektiv agiert. Die Rebellen haben zahlreiche Gebiete eingenommen, leiden aber immer noch an Waffenmangel und dem geringem militärischen Know-how ihrer

Soldaten. Obwohl die Rebellen es geschafft haben, sich nach Damaskus und Aleppo vorzukämpfen, werden sie die zwei symbolisch wichtigsten Städte Syriens ohne schwere Artillerie und Luftunterstützung vermutlich nicht einnehmen können. Zwar hat sich die Kommunikation innerhalb der Organisation der einzelnen Einheiten verbessert, allerdings bildet die FSA immer noch keine kohärente Einheit. Um diesem Problem entgegen zu treten, wurde im Dezember 2012 ein Hoher Militärarrat ins Leben gerufen, der die gesamttaktische Koordination der einzelnen Militäreinheiten organisieren soll und zukünftig vielleicht als „Verteidigungsministerium“ einer syrischen Gegen- oder Übergangsregierung fungieren könnte.

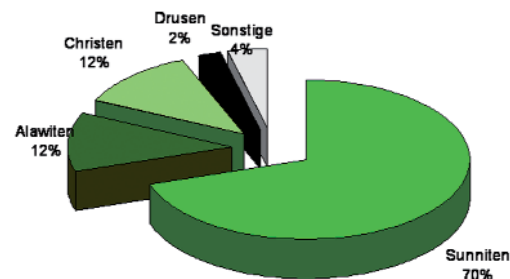
Die Armee al-Assads hingegen ist trotz zahlenmäßiger und militärtechnischer Überlegenheit nicht in der Lage, die militärische Opposition zu besiegen. Dazu ist diese bereits zu stark und widerstandsfähig geworden. Auch musste die Armee über die letzten Monate hinweg immer mehr Rückschläge einstecken, als Rebellen wichtige Armee- und Strategiestützpunkte angriffen und einnahmen. Mit der „asymmetrischen Kriegsführung“ der Rebellen durch Guerillataktiken und Überraschungsangriffe kann das Regime zwar nicht besiegt, aber deutlich geschwächt werden.

### III. Ziviler Verfall und Bürgerkrieg

Die konfessionell-religiöse Situation Syriens und die damit verbundene Problematik für den Konflikt wurden in letzter Zeit immer häufiger von Analysten und Medien aufgegriffen und behandelt. Syrien ist ein multiethnischer und -konfessioneller Vielvölkerstaat, in dem 18 unterschiedliche Ethnien und Anhänger religiöser Glaubensrichtungen leben.

Im Mittelpunkt steht hier das Verhältnis zwischen der sunnitischen Mehrheit, die ungefähr 70% der syrischen Bevölkerung ausmacht, und den Alawiten, einer schiitischen Minderheit (12%), zu der auch der Assad-Clan gehört.

Abbildung 1: Konfessionelle Struktur in Syrien



Quelle: Deutsches Orient-Institut, 2013.

Das angespannte Verhältnis zwischen den beiden wichtigsten Konfessionen kann bereits auf die Mandatszeit zurückgeführt werden, als Syrien unter französischer Kontrolle stand (1920-1946). Nach traditioneller Art der Kolonialpolitik bedienten sich die Franzosen einer Politik des *divide et impera* und erwählten die Alawiten als die politische Gruppe, durch die sie Syrien zu regieren dachten. Die Alawiten, die bis dahin ziemlich isoliert von der sunnitischen Bevölkerung in den Dörfern entlang der syrischen Mittelmeerküste um Tartus und Latakia gelebt hatten, fanden sich somit als Führungskräfte der Regierungsinstitutionen und der Armee wieder.

Dass die sunnitische Mehrheit, die bis dahin die politische und wirtschaftliche Elite in Großsyrien gebildet hatte, sich ihrer bis dahin führenden gesellschaftlichen Stellung beraubt fühlte, erscheint daher wenig verwunderlich. Auch während der Baath-Herrschaft, sowohl vor als auch nach der Machtergreifung von Hafiz al-Assad im Jahre 1970, waren die Alawiten überdurchschnittlich in den Führungspositionen innerhalb des Regierungs- und Militärwesens vertreten und bilden bis heute den Kern der Sicherheitskräfte. So sollen fast 80% aller Führungspositionen bei Militär und Geheimdienst, über 60% der diplomatischen Posten mit Alawiten besetzt sein. Nur 10% der Posten wurden an sunnitische Offiziere oder Diplomaten vergeben.

Dennoch versuchte das Assad-Regime bereits unter Bashars Vater Hafiz die latente Unzufriedenheit der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber der alawitischen Minderheitenregierung mit einer klugen Politik der Kooption auszugleichen und gleichzeitig Teile der sunnitischen Bevölkerung an sich zu binden. So blieb der sunnitische Islam bis heute die offizielle Religion des Landes. Weiterhin erhielt die sunnitische Mittelschicht (die Händler oder „Basaris“) vom Assad-Regime um-

fassende wirtschaftliche Vorteile, fungierte als staatlicher Klient einer ausgeklügelten Patronagepolitik, die zwar einerseits die wirtschaftliche Stellung einer sunnitischen Händlerelite verbesserte, andererseits aber die soziökonomischen Differenzen innerhalb der Gesellschaft verschärfte.

Dementsprechend schwelten trotz dieser strategischen Verteilungspolitik ethnische und konfessionelle Unterschiede in bestimmten Bevölkerungsteilen weiter. Obwohl es nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, war das Verhältnis zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften, vor allem zwischen der sunnitischen Mehrheit und den Alawiten, oftmals durch Misstrauen und Skepsis geprägt.

Vor allem in Hama und Homs, die während der Zeit des Osmanischen Reiches die sunnitischen Hochburgen von Großsyrien bildeten, in denen sich sunnitische Kaufleute und Landbesitzer wirtschaftlichen Wohlstand aneigneten und ein hohes Ansehen genossen, wuchs die Unzufriedenheit gegen die von den Alawiten dominierte Regierung immer mehr. 1976 führte dies zum Bürgerkrieg, in dem die von den Muslimbrüdern geführte Opposition dem Assad-Regime Widerstand leistete. Sechs Jahre dauerte diese Auseinandersetzung, ehe Hafiz al-Assad und das Militär dem Aufstand ein blutiges Ende setzten, indem sie 1982 in Hama, der Operationsbasis der Rebellen, ein Massaker anrichteten, bei dem zwischen 10.000 und 20.000 Anhänger der Oppositionsbewegung hingerichtet wurden. Bis heute bleibt dieses Ereignis fest im nationalen Gedächtnis der syrischen Bevölkerung als kollektives Trauma verhaftet. Somit besteht die Befürchtung, dass der jetzige Konflikt, der bereits religiös-konfessionelle Züge eines Bürgerkriegs angenommen hat, wieder ähnliche wenn nicht noch verheerendere Folgen mit sich bringen könnte.

Glücklicherweise halten sich interkonfessionelle Ausschreitungen bislang noch in Grenzen. Großflächige ethnische Säuberungen, Racheakte einzelner Konfessionen oder gezielte Vertreibungen werden zwar vereinzelt berichtet, dennoch scheint sich zu bewahren, dass die syrische Gesellschaft trotz der inneren Heterogenität daran festhält, keine Entgrenzung der konfessionellen und ethnischen Gewalt zuzulassen. Dies beruht auch auf der traumatischen Angst, neben

einer Wiederholung des Hama-Massakers könne es zu einem Bürgerkrieg wie im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 kommen. Damals wurde die innere Stabilität im Irak durch ethnische und konfessionelle Konflikte, dem Aufkommen von militanten Islamisten und politischer Fragilität bedroht. Hunderttausende Iraker flohen ins benachbarte Syrien. Dieses „Irakrauma“ fürchten viele Syrer und wollen deswegen eine ethnische und konfessionelle Fragmentierung Syriens verhindern.

Allerdings wird vor allem von externen Akteuren versucht, die ethnisch-konfessionelle Dimension des Konfliktes zu instrumentalisieren und für eigene Interessen zu nutzen. Dementsprechend erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass gezielte Aggressionen gegen religiöse Minderheiten ein fester Bestandteil des Konfliktes werden könnten. Auf dem Spiel steht somit die nationale Einheit Syriens, das sich seit vormoderner Zeit bis hin zur Entstehung des modernen Nationalstaates stets durch eine heterogene religiöse Gesellschaft auszeichnete.

Dabei beschränkt sich die Furcht der alawitischen Minderheit vor Gewaltexzessen der sunnitischen Mehrheit jedoch weitgehend auf eine enge regimeloyale und protegierte Elite. Denn im Gegensatz zur öffentlich-medialen Perzeption gehörten nicht alle Alawiten zum engeren Machtzirkel des Regimes, da eine nicht zu unterschätzende Anzahl in ärmlichen Verhältnissen lebte und vom Regime keineswegs übervorteilt oder kooptiert wurde. Dies führte dazu, dass viele Alawiten sich schnell auf die Seite der Opposition stellten, da sie unter dem alten Regime wenig zu verlieren hatten und die Hoffnung hegten, nach dem Sturz al-Assads nicht aufgrund ihrer konfessionellen Zugehörigkeit beurteilt und benachteiligt zu werden. So sahen sich diese Alawiten nicht nur mit der Marginalisierung durch das Regime konfrontiert, sondern auch mit der generellen Stigmatisierung, als Alawiten eine besondere Nähe zum Machtzirkel unterstellt zu bekommen. Dementsprechend wurden sie von vielen Berufsfeldern außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeschlossen und litten unter hoher Arbeitslosigkeit. Diejenigen, die dann tatsächlich eine Tätigkeit im Staatsdienst annahmen, taten dies auch häufig deshalb, weil ihnen keine weiteren Möglichkeiten offen standen. Aus diesem Grund müssen die durchaus existierenden

alawitischen Elemente innerhalb der Opposition betont werden, was die Komplexität und Heterogenität des innersyrischen Konfliktes aufzeigt.

Dass eine deutlichere Stellungnahme zur Revolution, ganz zu schweigen von einer stärkeren Beteiligung an der Oppositionsbewegung, von Seiten der Alawiten und anderer religiösen Minderheiten bislang allerdings weitgehend ausgeblieben ist, lässt sich durchaus mit ihrem Unbehagen über ihr zukünftiges Schicksal erklären. Das Assad-Regime hat seit langem die Angst vor dem eventuellen Ausbruch eines Konfessionskriegs geschürt und sich dabei als der Beschützer der Minderheiten und deren Interessen dargestellt. Zwar ist die syrische Gesellschaft eher von der friedlichen Koexistenz und dem Zusammenleben der verschiedenen Glaubensgemeinschaften als von Auseinandersetzungen zwischen denselben geprägt, allerdings beschwört das Regime die traumatischen Ängste vieler Angehöriger syrischer Minderheiten. Weiterhin haben sich die Bürgerkriegserfahrungen in den Nachbarländern Irak und Libanon tief in die syrische Psyche verankert, sodass viele Christen oder Alawiten glauben, das Ende des Assad-Regimes würde das Ende ihrer eigenen Sicherheit und damit eine direkte Gefährdung für Leib und Leben bedeuten.

#### IV. Zivile Oppositionsbewegung

Von der FSA abgesehen setzt sich der syrische Widerstand aus verschiedenen zivilen Oppositionsbewegungen zusammen. Erwähnenswert ist der Syrische Nationalrat (*Syrian National Council, Al-Majlis al-Watani al-Suri, SNC*), der sich Anfang Oktober 2011 gründete, in dem sich prominente Regimegegner aller politischen Richtungen, der unterschiedlichen Ethnien und Konfessionen versammeln und sich zum legitimen Repräsentanten des syrischen Volkes und zur alternativen Regierung zum Assad-Regime erklärten. Der SNC setzte sich zusammen aus Sunniten, Alawiten, Assyrern, Christen, Drusen, Liberalen, Nationalisten, Islamisten und Muslimbrüdern und errang schnell enormen Einfluss bei der internationalen Gemeinschaft. Doch ebenso wie im Falle der FSA stellt der SNC keine monolithische Einheit dar, sondern besteht aus einer Vielzahl von Oppositionsgruppen und Individuen, was in der Organisation zu ähnlichen strukturellen Problemen wie beim mi-

litärischen Arm des Widerstands führte. Trotz einer provisorischen Führungsstruktur hat es der SNC bislang nicht geschafft, die unterschiedlichen Untergruppen zu vereinen. Immer wieder kam es zu internen Streitereien, Meinungsverschiedenheiten und Konkurrenzkampf, sodass eine entschlossene und einstimmige Führungsstrategie nicht realisiert werden konnte.

Um das Problem dieser Unstimmigkeit besser zu bewältigen, traf sich Ende 2012 eine Gruppe prominenter syrischer Exilanten im katarischen Doha und gründete eine neue Oppositionsinitiative, die *National Coalition for Syrian Revolutionary and Oppositional Forces* (Nationale Koalition, NC), mit der Absicht, eine kohärente Oppositionsbewegung zu bilden. Präsident der NC ist Moaz al-Khatib, sunnitischer Geistlicher und ehemaliger Imam der Umayyadenmoschee in Damaskus, der mehrmals unter dem Assad-Regime in Haft saß. Mittlerweile wurde die NC unter anderem von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Türkei und den Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga als legitimer Sprecher des syrischen Volkes anerkannt. Der SNC ist mittlerweile offiziell in der NC aufgegangen. Doch auch dies verläuft nicht konfliktfrei: Obwohl ein Drittel der rund 60 Führungspositionen Mitgliedern des SNC angeboten wurden, sehen letztere nur ungern, dass ihre vorigen Positionen als Oppositionsführer nun an die NC weitergegeben werden und lassen sich deshalb nur ungern auf eine Zusammenarbeit mit der neu gegründeten Organisation ein. So setzt sich die NC ebenso wie der SNC weitgehend aus syrischen Exilanten zusammen, die teilweise bereits seit Jahrzehnten in den europäischen Metropolen Paris, London oder Berlin leben, womit sich aus Sichtweise der innersyrischen Opposition weder über den nötigen Kenntnisstand zur Situation in Syrien verfügen noch über die emotionale Nähe zu ihrer längst verlassenen Heimat. Viele Aktivisten, die sich in Syrien unter Einsatz ihres Lebens gegen das Assad-Regime engagieren, kritisieren die Exilanten als mediale Marionetten externer Interessen, die längst zum Instrument des Westens geworden seien, ohne sich um die eigentlichen Bedürfnisse ihrer Landsleute zu kümmern.

Weiterhin bestehen gravierende Unterschiede in den jeweiligen Zielsetzungen. So lehnte der SNC von Beginn an jegliche Verhandlungen oder Dialog mit dem Assad-Regime katego-

risch ab. Damit wurde auch frühzeitig die moralisch keineswegs wünschenswerte aber möglicherweise realpolitisch notwendige Möglichkeit auf eine Verhandlungslösung prinzipiell ausgeschlossen, wodurch eigentlich nur noch die militärische Auseinandersetzung als Alternative bleibt, bei der bis zur vollständigen Vernichtung des Regimes gekämpft werden muss, was aufgrund der oben beschriebenen Realitäten mehr als unwahrscheinlich erscheint.

Die Nationale Koalition hingegen weist sich durch eine pragmatischere Haltung gegenüber dem Regime aus. Im Bewusstsein darüber, dass Bashar al-Assad unter den momentanen Bedingungen militärisch nicht zu besiegen ist, und vor allem, dass der militärische Konflikt immer mehr Menschenleben fordert und negative Auswirkungen wie die konfessionell-religiöse Spaltung mit sich bringt, signalisierte die NC mehrere Male ihre Bereitschaft für Verhandlungen. So kündigte Moaz al-Khatib im Februar 2013 an, dass er sich Unterredungen mit dem Assad-Regime durchaus vorstellen könne.

Erwähnenswert ist auch eine dritte, weniger bekannte Bewegung, die sich als eine der ersten Oppositionsgruppen kurz nach dem Ausbruch des syrischen Aufstandes formierte. Das *National Coordination Committee* (NCC) kann in vielerlei Hinsicht als ein neues Sprachrohr der traditionellen syrischen Zivilbewegung angesehen werden, die sich bereits vor der Revolution für politische Reformen aussprach und gegen die autoritäre Natur des Regimes ankämpfte. Das NCC setzt sich hauptsächlich aus säkularen, in der Regel links gerichteten Aktivisten zusammen und zählt prominente Bürgerrechtler wie den syrischen Christen Michel Kilo zu seinen Anhängern. Wie die NC würde sie sich prinzipiell auf Verhandlungen mit dem Regime einlassen und spricht sich außerdem sehr deutlich gegen eine militärische Intervention von außen aus.

Im Inland versuchen unterschiedliche Oppositionsgruppierungen, den zivilen Widerstand zu organisieren. Durch die Zunahme der Gewalt rücken diese Bemühungen allerdings verstärkt in den Hintergrund und der militärische Kampf der FSA dominiert. Dennoch übernehmen die etwa 300 Lokalen Koordinierungskomitees (LKK) als dezentrale Schwungräder eine zentrale Funktion inner-

halb der Widerstandsbewegung. Ihre Gründung zu Beginn der Aufstände führte zu einer besseren Organisation der Demonstrationen, mittlerweile koordinieren sie die Pressearbeit, übernehmen administrative Aufgaben und die medizinische Versorgung. Sie gelten als Inbegriff der syrischen Graswurzelbewegung, werden zumeist von jungen Aktivisten organisiert und übernehmen teilweise staatliche Funktionen auf lokaler Ebene. Zu den exilsyrischen Institutionen wie dem SNC und dem NC unterhalten sie ambivalente Beziehungen und lehnen deren Forderung nach einer militärischen Intervention ab. Stattdessen proklamieren sie die „syrische Lösung“ ohne externe Einflüsse. Weitere Oppositionsgruppen wie das *National Coordinating Committee for Democratic Change* (NCC, *Hayat al-Tansiq al-Wataniya li-Quwa al-Taghdir al-Dimuqrati*), die Demokratische Plattform (*al-Minbar al-Dimuqrati al-Suri*) oder die durch verschiedene Organisationen vertretene kurdische Opposition unterscheiden sich zwar deutlich in strategischer Ausrichtung und politischer Zielsetzung voneinander, lehnen aber in der Regel eine militärische Intervention ab.

## V. Externe Einflüsse

Wie in fast allen Konflikten, die sich im Nahen Osten abspielen, spielen die Einflüsse und Interessen von regionalen und internationalen Mächten auch in Syrien eine bedeutende Rolle. Syrien war schon immer ein Land von besonderer geopolitischer Bedeutung und befand sich durch seine Lage im Herzen des Nahen Ostens im Brennpunkt des politischen Geschehens. Dementsprechend hoffen unterschiedliche externe Akteure, durch den Ausbruch des syrischen Aufstandes ihre eigenen geostrategischen Interessen in der Region durchsetzen zu können. Dies führt dazu, dass Syrien mittlerweile zum Aufmarschgebiet diverser ausländischer Akteure geworden ist, sodass vermutet werden kann, dass der Konflikt um Syrien nicht nur die innere Struktur der Gesellschaft ändert, sondern auch die geopolitische Tektonik der Region. Folgende internationale und regionale Akteure kämpfen in Syrien darum, ihre geostrategische Position zu verbessern:

- **Sunnitische gegen schiitische Akteure oder Hegemonialkonflikt am Golf:** Als Vertreter dieses bereits ange deuteten ideologisch-innerislamischen Konflikts protegieren die beiden Hauptri-

valen in der Region, das wahhabitisch-sunnitische Saudi-Arabien und der schiitische Iran diverse Akteure innerhalb Syriens, um ihre ideologische und politische Agenda zu vertreten. So gilt Syrien (noch) als wichtigster und engster Verbündeter der Islamischen Republik Iran, welches das Regime um Bashar al-Assad weiterhin mit Waffen und Kriegsmaterial, Energielieferungen und fachlicher Unterstützung bei der Niederschlagung der Proteste unterstützt. Die iranische Regierung um den Präsidenten Mahmud Ahmadinejad verfolgt also das indigene Interesse, das Assad-Regime an der Macht zu halten. Zum einen soll so der sunnitische Einfluss des saudischen Rivalen eingedämmt, zum anderen die Hisbollah geschützt und der Einfluss pro-amerikanischer Akteure wie eben Saudi-Arabien und auch Katar reduziert werden. Iran fürchtet, dass nach dem Sturz des alawitischen Assad-Regimes ein sunnitisches, von Saudi-Arabien kontrolliertes syrisches Marionettenregime die Macht in Damaskus übernehmen könnte, was einerseits den Einfluss des Wahhabismus und damit auch den regionalen Hegemonialanspruch des saudischen Königreichs stärken, andererseits den Iran in der arabischen Welt endgültig isolieren könnte. Die Reduzierung auf den sunnitisch-schiitischen Konflikt wird also kombiniert mit realpolitischen Machtansprüchen am Golf, die auf dem Rücken der syrischen Bevölkerung ausgetragen werden. So unterstützen vor allem das saudische Königreich und Katar sunnitische Oppositionsbewegungen, haben vermehrt die Bewaffnung der FSA durch die internationale Gemeinschaft gefordert und liefern wiederum selbst Waffen und technische Ausrüstung an diverse sunnitische Gruppierungen. Hierbei bleibt nebulös, welche Akteure diese Unterstützung erhalten. Es existieren Hinweise, dass nicht allein die FSA Hilfe erfährt, sondern auch militante islamistische Bewegungen, wie die sunnitisch-jihadistische *jabhat al-nusra*, die ihre Kämpfer aus dem Krisengebieten Libyen oder Irak rekrutiert, enge Verbindungen zu al-Qaida im Irak unterhalten soll und als Symbol des externen Radikalisierungsprozesses in Syrien gilt. Auch andere islamistische Gruppierungen

wie die *Haqq*-Division, die Suleiman-Kampfgruppe oder die *Tawhid*-Division, die mit hoher Gewaltbereitschaft und exzellenter Kampferfahrung gegen das Regime vorgehen, sollen von Katar und Saudi-Arabien finanziert werden. Saudi-Arabien erhofft sich somit eine Destabilisierung Irans, gleichsam eine weitere Aufwertung der eigenen Vormachtstellung und hegt die Hoffnung, antisaudische Kräfte langfristig schwächen zu können. Hierbei könnte sich jedoch die massive Einflussnahme für Saudi-Arabien dauerhaft als Nachteil erweisen. Immerhin strebt das Königshaus der Al Saud nach Stabilität in der Region, nach Bewahrung des Status quo. Das Königreich fürchtet die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“, die die eigene Machtlegitimation schwächen könnten. Die demographische Entwicklung und die sozioökonomischen Vorzeichen könnten trotz der enormen Öleinnahmen mittelfristig auch in Saudi-Arabien soziale Proteste auslösen. Insbesondere die benachteiligten Schiiten (etwa 10-15% der Bevölkerung) in der ölfreudigen Ostprovinz könnten die Stabilität des Königshauses gefährden. Außerdem musste das saudische Königshaus schmerzhaft erfahren, dass sich die Förderung von islamistischen Radikalen gegen die einstmaligen Gönner richten kann. Nach dem 11. September 2001 erschütterten zwischen 2003 und 2005 mehrere schwere Anschläge das Land. Die Täter konnten al-Qaida-nahen Gruppierungen zugeordnet werden, die sich gegen die prowestliche Politik und die „Korruption des saudischen Königshauses“ richteten. Zwar wurde diese militante Bewegung innerhalb Saudi-Arabiens zerschlagen, doch operierten Teile danach im Irak, Jemen, Libyen oder jetzt in Syrien und könnten sich im Zweifelsfall schnell wieder gegen das Königshaus richten.

- **Jordanien und Libanon:** Vor allem die direkten Nachbarn Jordanien und der Libanon leiden unter den Negativfolgen des syrischen Aufstandes. Die Gewaltspirale führte zu insgesamt mehr als 700.000 syrischen Flüchtlingen, die sich zu großen Teilen in Lagern auf jordanischem oder libanesischem Territorium



aufhalten. Beide Staaten sind zwar (noch) nicht direkt von den Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ betroffen, leiden aber unter massiven sozioökonomischen Problemen, politischer Instabilität, hoher Arbeitslosigkeit und innergesellschaftlichen Konflikten. Die Kritik an Jordaniens König Abdullah steigt, die libanesische Regierung agiert zunehmend zersplittert und konzeptlos. Hinzu kommen gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien und Konfessionen, die durch die Konfessionalisierung des Syrienkonfliktes ausgelöst wurden. Der bereits hysterisch prognostizierte „Flächenbrand“ in der Region ist zwar noch nicht eingetreten, aber der Aufstand in Syrien beeinflusst vor allem Jordanien und den Libanon und droht, in beiden Ländern die Stabilität zu schwächen.

- **Irak:** Der Irak hielt sich bislang weitgehend aus dem Konflikt heraus. Einerseits sieht sich die schiitisch geprägte Regierung unter Nuri al-Maliki als enger Verbündeter Irans und betrachtet die Einmischung der sunnitischen Golfstaaten somit sehr skeptisch, andererseits befindet sich das Land in einer Phase des politischen Stillstands: Innerparteiliche, konfessionelle und ethnische Auseinandersetzungen haben die Zerrissenheit der irakischen Gesellschaft noch vertieft und die eigenen Bürgerkriegserfahrungen nach dem Sturz Saddams Husseins zu einem kollektiven Trauma geführt. Kurz: Irak sieht sich als direkt Beteiligter eher in der Verantwortung, Distanz zu wahren, um nicht noch tiefer in den syrischen Konflikt hineingezogen zu werden. Als Gegner der sunnitischen Golfmonarchien und enger Verbündeter Irans hat der Irak bislang von einer Rücktrittsforderung an Bashar al-Assad abgesehen. Es erscheint der politischen Führung des Iraks bislang klüger, eine gewisse Neutralität zu bewahren.
- **Israel:** Der israelischen Regierung bereitet das Geschehen im Nachbarsland sichtlich Unbehagen. Zwar tragen Syrien und Israel seit langen keine Feindseligkeiten mehr aus und stellte das Assad-Regime für den israelischen Staat einen berechenbaren Gegner dar,

der als säkulares Regime bisweilen als eine Art Pufferzone zwischen dem eigenen Land und potentiellen islamistischen Aggressionen aus dem Osten wirkte. Die gemeinsame Grenze an den Golanhöhen galt in Israel Jahrzehnte als sicherste aller Landesgrenzen. Mit dem Bürgerkrieg im benachbarten Land brach für Israel allerdings nun eine Phase der Ungewissheit und der möglichen Destabilisierung an. Die konkreten Befürchtungen Tel Avivs bestehen darin, dass Hisbollah die chaotische Situation im Nachbarland ausnutzen könnte, um die chemischen Waffen und Raketen des Assad-Regimes zu erlangen. Diese Befürchtung hat bereits, zumindest als Vorwand, eine erste Beteiligung Israels im Syrienkrieg ausgelöst, als israelische Flugzeuge im Februar 2013 ein syrisches Forschungslabor angriffen und zerstörten. Je länger der Konflikt in Syrien anhält, desto wahrscheinlicher wird es auch, dass sich Israel zukünftig verstärkt unter der gewohnten Vorgabe eigener „Sicherheitspolitik“ in den syrischen Konflikt einmischet.

- **Türkei:** Auch die Türkei übernimmt eine Schlüsselfunktion im anhaltenden Syrienkonflikt. Nach jahrelangen freundlichen Beziehungen zwischen der türkischen Regierung und dem Assad-Regime stellte sich die Türkei bereits kurz nach Ausbruch des Aufstandes auf die Seite der Rebellen und entwickelte sich zu einem der kritischsten Gegner der syrischen Regierung. Einer der Gründe für den Beziehungs- und Gesinnungswechsel ist die konfessionelle Dominanz der Sunniten in der Türkei, die ungefähr 80% der gesamten Bevölkerung ausmachen. Bislang hat sich das Eingreifen der Türkei größtenteils auf Regimekritik und die Organisation von Konferenzen von Exiloppositionellen beschränkt. Außerdem fungiert die Türkei als Operationsbasis für die FSA. Mittlerweile kam es bereits zu mehreren militärischen Zwischenfällen an der türkisch-syrischen Grenze, sodass das türkische Parlament im Oktober 2012 ein Gesetz verabschiedete, dass dem türkischen Militär im Fall von syrischer Aggression auch die Operation auf syrischem Territorium erlaubt. Weiterhin wurden im Januar 2013 Patriot-Raketen

der NATO an der türkischen Grenze zu Syrien stationiert, um einer Eskalation der Krise vorzubeugen. Dennoch befindet sich die Türkei in einer fragilen Situation. Zum einen drängen immer mehr syrische Flüchtlinge in die überlasteten türkischen Auffanglager und wirken sich negativ auf die türkische Haushaltslage aus, zum anderen fürchtet die türkische Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan eine Mobilisierung der türkischen Kurden. Im Norden und Nordosten Syriens ist es der kurdischen Opposition gelungen, den Einfluss des Assad-Regimes weitgehend zurückzudrängen. Forderungen nach einer Autonomen Kurdischen Provinz in Syrien ähnlich wie im irakischen Kurdistan werden formuliert und die Türkei fürchtet, dass sich die Autonomiebestrebungen auch auf die türkischen Kurden ausweiten könnten.

- **Die Europäische Union:** Die EU verfolgt den Syrienkonflikt mit vermehrter Besorgnis, zumal es ihr nicht gelungen ist, im Rahmen der Vereinten Nationen oder der außerinstitutionellen Unterstützergruppe „Friends of Syria“ eine Beilegung der Kampfhandlungen herbeizuführen. Insbesondere die geographische Nähe Syriens zur EU, die Nachbarschaft zu NATO-Mitglied Türkei und zu Israel sowie die mögliche Bedeutung Syriens als Energietransitland, sollte sich die EU unabhängiger von russischen Gas- und Ölimporten aufstellen und stattdessen auf golfarabische Ressourcen setzen, rücken Syrien in den europäischen Fokus. Hinzu kommt die Sorge über eine dauerhafte Destabilisierung der Region, die den Einfluss Irans erhöhen und die Wahrscheinlichkeit auf einen militärischen Konflikt zwischen der Islamischen Republik und Israel erhöhen könnte.
- **Die Vereinigten Staaten:** Die USA betrachten den Konflikt mit einem gewissen Maß an Ambivalenz. Einerseits würde ein syrischer Regimewechsel Washington durchaus willkommen sein, da man somit einem Hauptziel der US-amerikanischen Nahostpolitik, die Isolation und Schwächung des Irans, näher kommen würde. Andererseits hat sich die Obama-Administration bislang einer dezidierten Stellungnahme und einer

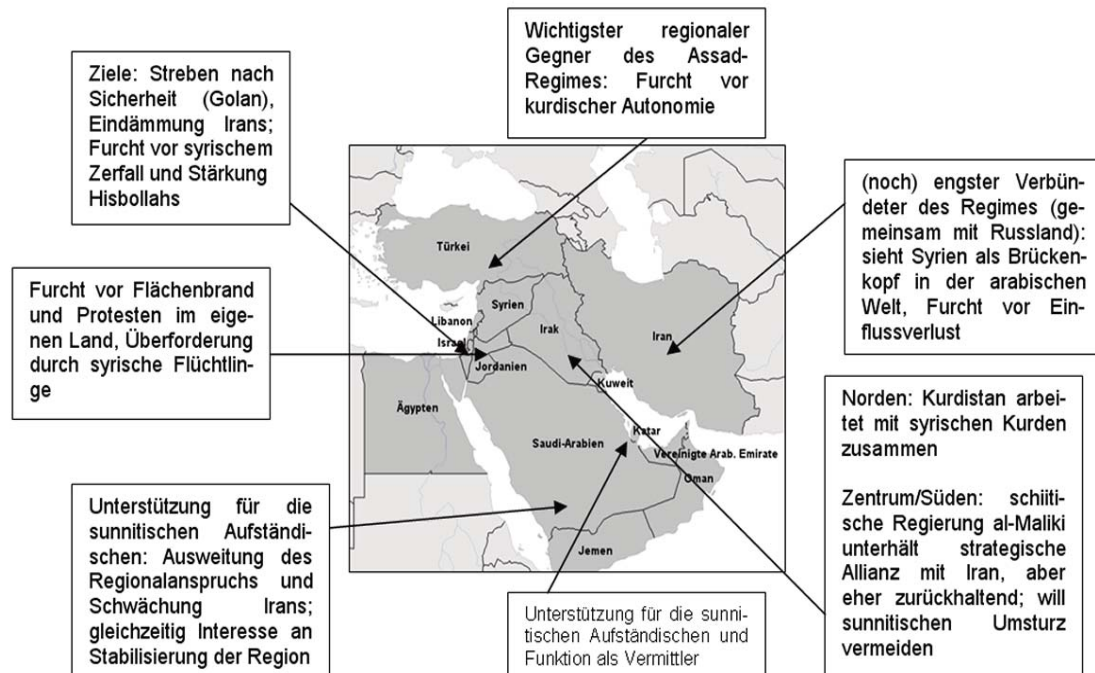
verstärkten Beteiligung am Konflikt enthalten. Die Zurückhaltung der USA lässt sich durch die Ungewissheit über den künftigen Ablauf des Aufstandes und den Mangel an strategischen und wirtschaftlichen Anreizen in der Region erklären. Weiterhin sieht die USA eine neuerliche militärische Aktion im Nahen und Mittleren Osten überaus kritisch. Die Invasionen in Afghanistan und dem Irak haben Unsummen gekostet, das Image der USA in der islamischen Welt nachhaltig beschädigt, viele Menschenleben gefordert und die US-amerikanische Gesellschaft kriegsmüde werden lassen. Die angespannte Haushaltslage sowie die äußerst sensible geostrategische Lage Syriens lassen eine militärische Intervention unter US-amerikanischer Führung unwahrscheinlich werden. Weiterhin herrscht eine signifikante Interventionsmüdigkeit innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Gleichzeitig hofft die USA, supra- oder multilaterale Allianzen wie UN, NATO oder die EU würden sich einigen, um einen durchaus erwünschten Regime Change in Syrien herbeizuführen.

- **Syriens Unterstützer:** Außerhalb der islamischen Welt konnte das Assad-Regime bislang auf die Unterstützung von Russland und China zählen, die wiederholt Anfragen an den UN-Sicherheitsrats auf verschärfte Sanktionen und eine eventuelle Intervention durch ihr Vetorecht blockiert haben. Vor allem Russland, dessen regionaler Einfluss immer mehr schwindet und durch den des Westens ersetzt wird, versucht zu verhindern, dass sein einziger Verbündeter im Nahen Osten gestürzt wird. Russland fürchtet, dass sich der Einfluss der USA nach dem Sturz des anti-amerikanischen Regimes in Syrien weiter ausbreiten könnte, wodurch die strategischen Interessen Russlands beschädigt würden. Russlands Präsident Wladimir Putin verfolgt eine Politik der russischen Stärke gegen den Westen und sieht den geostrategischen Einfluss Russlands bedroht. Gleichzeitig ist es der internationalen Gemeinschaft bislang nicht gelungen, Russland davon zu überzeugen, von al-Assad abzurücken. Die russische Militärbasis Tartus dient weniger aus militärischen, denn aus

symbolischen und strategischen Gründen als Beispiel für das indigene Interesse Russlands am Machterhalt al-Assads. Weiterhin existiert ein tief empfundenes Misstrauen gegen die internationalen Konkurrenten USA oder Europa. Russland fühlt sich zunehmend isoliert und verfolgt eine Politik der Nichteinmischung. Hierbei fürchtet Putin zum einen die mögliche Intervention des Westens bei der repressiven russischen Tschetschenienpolitik, zum anderen ein ähnliches Vorgehen der internationalen Gemeinschaft wie im Libyen-Konflikt: 2011 stimmten die Russen einem militärischen Einsatz gegen das Regime von Muammar al-Gaddafi nur zu, weil explizit kein Sturz des Regimes sondern der Schutz der Zivilbevölkerung angestrebt wurde. Der Ausgang ist bekannt: Al-Gaddafi wurde durch die libyschen Rebellen mithilfe der internationalen Allianz gestürzt und getötet, Russland fühlte sich brüskiert und vorgeführt und möchte eine ähnliche Strategie nun verhindern. Dennoch werden Stimmen in der russischen Politik laut, die eine gewisse Distanzierung von Bashar al-Assad fordern. Dies beruht auf der sich entwickelnden Realität: Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint es ausgeschlossen,

dass al-Assad wieder das politische Gewaltmonopol übernehmen wird. Sein Regime wird international verachtet, seine politische Reputation ist vollends verloren gegangen. Russland muss sich deshalb fragen, welche Vorteile ihm das Festhalten an einem „gefallenen Verbündeten“ noch bringt. Gleichzeitig sollte die internationale Gemeinschaft eine nachhaltige Strategie entwickeln, die Russland in die Anti-Assad-Front integrieren könnte. Hierfür müssten offene und vielleicht unpopuläre Zugeständnisse und Angebote offeriert werden, um Russland einen Anreiz zu bieten, seine Syrienpolitik dauerhaft zu ändern. China handelt aus ähnlichen Motiven wie Russland. Auch das chinesische Regime proklamiert eine klare Nichteinmischungspolitik und sieht bei einer möglichen militärischen Invasion Syriens einen Präzedenzfall, der sich evtl. auch gegen China selbst richten könnte. Darüber hinaus ist China längst zum wichtigsten wirtschaftlichen Herausforderer der USA geworden. In der Region konnte das Reich der Mitte seinen wirtschaftlichen Einfluss kontinuierlich ausbauen, verfolgt daher einerseits eine antiamerikanische Strategie und fürchtet andererseits die dauerhafte Destabi-

Abbildung 2: Syriens Nachbarn und ihre Interessen



Quelle: Deutsches Orient-Institut, 2013.

lisierung des Nahen und Mittleren Ostens, sollte al-Assad stürzen. Sehr viel offensiver als die internationale Gemeinschaft setzt die chinesische Regierung auf Stabilität, unterhielt enge Kontakt zu Bashar al-Assad und beruft sich auf die Integrität der Nationalstaaten. Ähnlich wie Russland müssten China Angebote gemacht werden, die vielleicht wirtschaftliche Konzessionen nach dem Sturz al-Assads beinhalten könnten, um die chinesische Syrienpolitik zu revidieren.

## VI. Eine Regierung, die keine mehr ist

Mittlerweile hat sich die syrische Regierung in eine Staatsmiliz verwandelt, die weder versucht, staatliche Kontrolle über das Staatsgebiet zurückzuerlangen noch die Gewaltexzesse gegen die eigene Bevölkerung unterbindet oder reduziert. Ganz im Gegenteil: Es scheint, als habe der Strategiewechsel von der anfänglich proklamierten Sicherheitszur Militärlösung dazu geführt, mit aller Vehemenz allein das physische Überleben sichern zu wollen. Die Funktionalität des Staates hat sich somit auf Kosten einer „Friss oder Stirb“-Strategie aufgelöst, sodass das syrische Regime mit „verbrannter Erde“ versucht, den eigenen Untergang zu bewahren. Prognosen gehen davon aus, dass das Regime nur noch etwa 30% des syrischen Territoriums und den Luftraum kontrolliert. 35% stehen unter direkter Obrigkeit der Rebellen, in den restlichen 35% sieht sich die reguläre syrische Armee nicht mehr in der Lage, militärisch und administrativ zu operieren.

Akuter Lebensmittelmangel, eine weitgehend zerstörte Infrastruktur, Stromausfälle, zerstörte Landstriche, Dörfer und Städte, 4 Mio. Syrer, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, gezielte Attacken durch Luftwaffe und Artillerie auf Zivilisten, unzureichende medizinische Versorgung sowie Plünderungen und Exekutionen zeugen von der Zerstörungsabsicht des Assad-Regimes. Die Grundlagen für einen zivilen Rechtsstaat existieren in vielen Teilen des Landes nicht mehr. Stattdessen herrschen Anarchie und Chaos. Stadtteile werden häufig von Banden und Kriminellen kontrolliert, häufig kommt es zu Plünderungen von Wohnungen und Geschäften. Bereits seit Bashar al-Assads Amtsantritt im Jahr 2000 hatten unterschiedliche Regimekritiker dem Präsidenten vorgeworfen, unter Realitätsver-

lust zu leiden und keinen realen Bezug zum Volk zu haben. Dabei wurde Bashar, der bis zum Tode seines älteren Bruders Basil nicht als eigentlicher Nachfolger seines Vaters designiert war, zu Beginn seiner Amtszeit zuge-  
traut, das repressive und autoritäre Regime seines Vaters zu reformieren. Die zivilgesellschaftliche Liberalisierung während des so genannten „Damaszener Frühlings“ im Jahre 2000 deutete auch darauf hin, ehe Bashar mit Verfolgung, Unterdrückung und Isolation reagierte. Ähnlich wie sein Vater verfolgte er eine antiwestliche Propaganda, proklamierte die Einheit zwischen Volk und Regime, stilisierte sich als Held des Kampfes gegen die neoimperialistische Politik der USA und errang so viele Sympathien. Immer wieder keimte Hoffnung auf, Bashar könne das Land modernisieren, reformieren und pluralisieren.

Doch all diese Hoffnungen entpuppten sich als naiv: Strukturelle Änderungen des politischen Systems blieben aus, regimekritische Vertreter der Zivilgesellschaft wurden weiterhin von den Sicherheitskräften unterdrückt und terrorisiert, und die wirtschaftliche Situation verbesserte sich ebenfalls nicht. Al-Assad protegierte einen engen Kreis von Familienangehörigen, alawitischen Militärs und sunnitischen Geschäftsleuten, betrieb eine Klientelpolitik, die die Korruption förderte, vor allem die ländliche Bevölkerung benachteiligte und zivilgesellschaftliche Strömungen verfolgte. Der Verdacht, dass syrische Regime sei direkt in die Ermordung des libanesischen Premierministers Rafiq Hariri im Jahr 2005 involviert gewesen, ließ den internationalen Druck auf Bashar al-Assad ansteigen. Sein engster europäischer Verbündeter Frankreich unter dem damaligen Präsidenten Jacques Chirac wandte sich von ihm ab. Syrien musste seine Truppen aus dem Libanon abziehen.

Trotz einer „Politik der verpassten Chancen“ (Wieland 2012) glaubten viele Syrer lange daran, dass al-Assad zwar prinzipiell Reformen implementieren wollte, aber aufgrund der starken traditionellen Elite, die bereits unter seinem Vater Einfluss gehabt hatte, zu wenig Durchsetzungskraft besaß. Galt Hafiz noch als Hardliner, als unumstrittene Autorität und durch Personenkult gefeierte Führerfigur, wurde Bashar als schüchterner, zurückhaltender Kompromisspolitiker gesehen, dem zwar Sympathie aber kein Respekt von den einflussreichen Eliten entgegengebracht

wurde. Angetreten als Reformers des Systems, änderte ihn das System. Umso enttäuschter zeigte sich die syrische Bevölkerung, als al-Assad nicht ansatzweise versuchte, die Forderungen der Opposition zu verstehen oder zu erfüllen.

Selbst als die Revolution in vollen Schwung kam, glich die Reaktion Bashars eines im Elfenbeinturm sitzenden Regenten. In einem Interview mit der *Washington Post* im Juli 2011, zu einem Zeitpunkt, als im Westen kontinuierlich die Bilder von zehntausenden Demonstranten in syrischen Städten durch die Medien gingen, stritt al-Assad die faktische Aussage, dass in Syrien ein Aufstand stattfinde, schlichtweg ab. Dementsprechend wurde die allgemein gültige Propagandapolitik angewendet, es handele sich um eine ausländische Verschwörung von Terroristen, Islamisten und dem Westen, um das syrische Volk zu entzweien.

Selbst in Bashars Rede vom 7. Januar 2013 findet sich kein Hinweis, mit der Opposition in Dialog treten zu wollen. In seiner Rede suggeriert er stattdessen, dass Syrien wieder einmal das Opfer einer internationalen Verschwörung geworden sei, die von al-Qaida und dem Westen gesteuert werde, um die „falsche Revolution“ in Syrien an sich zu reißen. Offenbar unfähig, sich den veränderten Realitäten bewusst zu werden, erstarrt das Assad-Regime in seiner eigenen Propaganda: Beständig wird auf allgemeine Konzeptionen („Pan-Arabismus“) und rhetorische Floskeln („Heimatland“) zurückgegriffen, die zur Anfangszeit der Baath-Regierung in den 1960er Jahren vielleicht Massenwirkung erzielten, aber im 21. Jahrhundert vollständig an Glaubhaftigkeit und Relevanz verloren haben.

Auch zeichnet sich das Regime durch eine für autokratische Systeme charakteristische dualistische Sichtweise aus. So empfindet sich die engste Elite um den inneren Zirkel des Assad-Clans zunehmend als „Schicksalsgemeinschaft“, die von Feinden umzingelt sei und keinerlei Möglichkeiten mehr für einen Dialog sieht. Aufgrund dieser ultimativen Sichtweise existieren momentan keine Ansatzpunkte, dem syrischen Regime Einhalt zu gebieten. Trotz der Zunahme des militärischen Drucks, der wirtschaftlichen Krise und der internationalen Isolation kann dem Assad-Regime nicht der nahende Kollaps konstatiert werden. Nach wie vor verfügt das Regime

über die Kontrolle über die syrischen Militär- und Sicherheitsdienste und die Republikanischen Garden, die von Bashars Bruder Maher al-Assad als Instrumente des Terrors benutzt werden. Neben seiner Familie und den alawitischen Offizieren kann sich das Regime noch auf die „schweigende Masse“ vieler Christen und Drusen verlassen, die einen Sturz ihrer „Schutzmacht“ und die Machtübernahme einer sunnitischen Regierung fürchten. Weiterhin profitiert das Regime von der Uneinigkeit der internationalen Gemeinschaft, der Zersplitterung der Opposition und dem bislang funktionierenden Nachschub an Waffen und Konsumgütern durch Russland und Iran.

Das Militär verfügte noch 2012 über etwa 220.000 Bodentruppen, 100.000 Soldaten bei der Luftwaffe, 5.000 Panzer und 550 Flugzeuge (Kaim 2012) und ist damit den Rebellen in vielen Bereichen noch überlegen. Daher scheint sich beim Regime die Haltung durchzusetzen, einen militärischen Sieg erzielen zu können. Dies erscheint jedoch ebenso unwahrscheinlich wie ein Triumph der bewaffneten Opposition, da diese zwar von den Waffenlieferungen aus Katar und Saudi-Arabien und den zahlreichen Deserteuren profitiert, allerdings zu uneins und unkoordiniert auftritt und vor allem nicht über schlagkräftige Luftunterstützung verfügt, um das reguläre syrische Militär ernsthaft zu gefährden.

Ein von innen ausgeführter Coup d'État, die Erosion des Regimes, ist zurzeit wegen des strukturellen Zentralismus, welche dem Regime eine enorme interne Stabilität verleiht, ebenfalls sehr unwahrscheinlich. Diese Sicht wird durch Situationen während des Konflikts bestätigt, in denen die Regierung durchaus hätte zu Fall kommen können. Panische Reaktionen innerhalb des engsten Zirkels hätte es zum Beispiel im Juli 2012 geben können, als eine Gruppe von Funktionären höchsten Ranges, unter denen sich auch al-Assads Schwager und der damalige Verteidigungsminister befanden, durch ein Selbstmordattentat umkamen. Dieses Ereignis hätte das Regime verunsichern und die Solidarität der Eliten destabilisieren können. Nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil: Die regimekonforme Polarisierung nahm nach dem Attentat noch mehr zu, da unter vielen des Führungsstabs der Eindruck entstand, dass ihr Schicksal an das von al-Assad gebunden sei.

## VII. Zunehmende Radikalisierung der Opposition

Seit dem Frühjahr 2012 wächst der Einfluss islamistischer Milizen innerhalb der Oppositionsbewegung und führt zu einer zunehmenden Radikalisierung des Aufstandes. Bereits im Februar 2012 deutete der US-amerikanische Geheimdienst an, syrische Rebellen stünden in Verbindung mit al-Qaida im Irak (AQI). Grund zu dieser Annahme war vor allem die steigende Zahl der Selbstmordattentate. Auch zirkulierten zu diesem Zeitpunkt die ersten Videos und Kundgebungen im Internet, in denen islamistische Gruppen ihre Beteiligung am Kampf gegen das Assad-Regime ankündigten. Der syrische Staat unterhielt traditionell ein ambivalentes Verhältnis zu islamistischen Gruppierungen. Die Baath-Partei erkannte bereits in den 1960er Jahren, dass der politische Islam eine potentielle Bedrohung für die Stabilität des säkular-nationalistischen Regimes darstellen könnte. Mit der Betonung des kommunalen Zusammenlebens und sozialer Gleichheit waren islamistische Strömungen besonders unter den benachteiligten ruralen Schichten der Bevölkerung beliebt, die nicht besonders viel mit den weltlichen Ideologien der Baath-Partei anfangen konnten. Dementsprechend errang der syrische Ableger der in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft immer mehr Sympathien. Dies beunruhigte das syrische Regime.

1963 versuchte die Baath-Partei, die syrischen Muslimbrüder durch ein offizielles Verbot auszuschalten. Dies funktionierte allerdings nicht, und die Bruderschaft arbeitete im Untergrund weiter. Die Niederlage der arabischen Koalition gegen Israel im Sechstagekrieg 1967 stärkte die Popularität der Islamisten und schwächte die nationalistisch-säkularen Regimes im Nahen und Mittleren Osten. 1976 eskalierte der Konflikt zwischen syrischer Regierung und Muslimbruderschaft und führte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, ehe 1982 die Muslimbruderschaft im Massaker von Hama ausgeschaltet wurde. Die überlebenden Mitglieder gingen ins Exil, die Muslimbrüder verloren bis zum Beginn des Ausbruchs ihren Einfluss in Syrien.

Auf der anderen Seite gerierte sich das syrische Regime als Sponsor islamistischer Bewegungen, wenn sie für den Erfolg der

außenpolitischen Strategie dienlich erschienen. So steht Syrien mit Hamas und Hisbollah in sehr enger Verbindung und beliefert sie mit Waffen und Informationen aus Iran. Auch diente Damaskus als einer der Hauptanlaufpunkte für internationale Jihadisten, die von dort aus in den benachbarten Irak gelangten, um im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins 2003 im anschließenden Bürgerkrieg gegen die US-amerikanische Besatzung zu kämpfen.

Dabei zeichnet sich die syrische Gesellschaft insgesamt bislang durch einen relativ liberalen und offenen Islam aus. Zudem existiert in Syrien eine lange Tradition der Zivilgesellschaft, die bis jetzt immer recht effektiv als Puffer gegen den religiösen Radikalismus gewirkt hat. Angesichts der historischen Tatsache jedoch, dass Syrien in seiner jüngeren Geschichte grundlegende Erfahrungen mit dem Islamismus machte, könnte es durchaus sein, dass die zunehmende Militarisierung und die damit einhergehende Radikalisierung des Konflikts das sensible und auch äußerst fragile Miteinander der unterschiedlichen Ethnien und Konfessionen nachhaltig beschädigt. Die latenten Konflikte zwischen Arabern und Kurden, Sunniten und Alawiten, Muslimen und Christen drohen den zu Beginn friedlichen und auf Ausgleich bedachten Protest zu entgrenzen, sodass die einstmalige vorbildhafte Toleranz der syrischen Vergangenheit wohl unwiederbringlich verloren scheint.

Der Einfluss islamistischer Gruppen und ihre konkrete Rolle im Konflikt lassen sich momentan aufgrund der lückenhaften oder oft zweideutigen Informationslage nur schwer feststellen und einordnen. Hinzu kommt, dass die zunehmende Visualität von für Islamisten typischen ikonographischen Elementen im öffentlichen Diskurs nicht automatisch eine tatsächliche Zunahme islamistischer Gruppen bedeutet. Eine der größeren Untergruppen der FSA zum Beispiel, die *Tawhid*-Brigade aus Aleppo, könnte seit geraumer Zeit auf Grund von äußerlichen Merkmalen als eine islamistische Gruppe gelten, hat aber ideologisch kaum etwas mit militanten Islamisten der Marke AQI zu tun. Bei vielen Rebellengruppen wie der *Tawhid* geht das Auftreten als religiöse Miliz letzten Endes auf eine Imagefrage zurück, da Islamisten für ihre Furchtlosigkeit und kämpferischen Fähigkeiten bekannt und gefürchtet sind.

Derzeit operieren mindestens zwölf jihadistisch-salafistische Gruppen im syrischen Konflikt. Diese unterscheiden sich mit Hinsicht auf Anhänger- und Mitgliedergröße von Fall zu Fall, weisen aber alle eine eindeutige Tendenz zu islamistischen Ideologien vor.

Insgesamt soll die Zahl der bewaffneten Akteure zwischen 300 und 600 liegen, die Anzahl ausländischer Jihadisten wird auf 500-2.000 geschätzt. Der zunehmende Einfluss islamistischer Organisationen lässt sich unter anderem durch ihre militärische Kompetenz und Effizienz erklären. Wie bereits erwähnt, leidet ein Großteil der FSA an einer klaren Organisationsstruktur und an mangelnder Disziplin. Zudem fehlt es den säkularen Rebellen an ausreichender kämpferischer Erfahrung und adäquaten Waffen. Die Islamisten hingegen bringen all diese Eigenschaften mit und weisen sich durch jahrelange Erfahrung in der jihadistischen Kriegsführung aus. Die Tatsache, dass viele der islamistischen Gruppen in anderen Konflikten wie Afghanistan oder Irak aktiv waren, gibt ihnen den Vorteil, mit klaren Methoden und Strategien, die sich bereits in vorigen Kriegen als effektiv erwiesen haben, in den Kampf zu ziehen.

Die wohl bekannteste Organisation ist die Gruppe *jabhat al-nusra* (arabisch: „Hilfsfront“; JN), die ihre Existenz im Januar 2012 öffentlich verkündete und in verschiedenen syrischen Regionen operiert. Sprecher der *jabhat* haben die Verantwortung für verschiedene Attentate auf das Regime und die Armee übernommen. Sie soll mit Mitgliedern von AQI in engem Kontakt stehen, verschiedene Experten haben sie sogar als syrischen Ableger von al-Qaida bezeichnet.

JN hat diese Aussage bisher weder bestätigt noch abgestritten, verfolgt aber jihadistische Zielvorstellungen, will ein sunnitische Kalifat errichten, proklamiert eine antischiitische und -alawitische Ideologie, verübt Selbstmordattentate und rekrutiert sich offenbar aus Mujahidin, die bereits im Irak, Jemen oder Afghanistan Kampferfahrung sammeln konnten.

Dementsprechend operieren sie sehr effizient, sind gut ausgerüstet und kooperieren offenbar auch mit der FSA. Weiterhin versuchen sie, ihr brutales Vorgehen nicht demonstrativ zur Schau zu stellen, um die Feh-

ler von AQI zu vermeiden. Unter ihrem 2006 getöteten Führer Abu Musab az-Zarqawi wurden Folter- und Hinrichtungsvideos ein Mittel der jihadistischen Propaganda, die selbst bei militanten Islamisten auf Kritik stießen. Az-Zarqawi wurde eine sadistische Neigung unterstellt, die die Sympathien möglicher Geldgeber sinken ließ. So versucht JN, auf ähnliche Strategien zu verzichten und zivile Opfer zu vermeiden.

Islamistische Netzwerke wie die *Ahrar-al-Sham-Brigaden* (arabisch: „die Freigeborenen von Syrien“), die *Liwa-Saqur-al-Sham-Brigaden* (arabisch: „Falken der syrischen Brigade“), die *Fatah-al-Islam-Gruppe* (arabisch: „Eroberung des Islams“), die *Haqq-Division* (arabisch: „Wahrheit“), die *Tawhid-Division* (arabisch: „Monotheismus“) oder die Syrische Befreiungsfront (SBF) orientieren sich an islamistisch-jihadistischen Ideologien, vereinen aber auch Ansätze eines syrischen Nationalismus in ihrer Dogmatik und verfügen offenbar über keine engen Bindungen an AQI (Lund: Jihadism 2012).

Somit erhöhen Islamisierung und Radikalisierung des Konflikts die bereits vorhandene Komplexität und Problematik des Syrienkonflikts um ein Vielfaches. Trotz ihrer kämpferischen Kompetenzen werden die Islamisten nur von wenigen unter den säkularen und zivilen Oppositionsbewegungen als Verbündete gegen das Assad-Regime willkommen geheißen. Viele befürchten, dass die Islamisten die eigentlichen Interessen der syrischen Nation ihrer eigenen religiösen Agenda unterstellen. Diese enthalten oftmals Prinzipien, die mit vielen grundlegenden Realitäten des syrischen Nationalstaates wie zum Beispiel der real existierenden religiösen Heterogenität nur schwer kompatibel sind und die Einheit des syrischen Staates in Frage stellen könnten.

Allgemein lässt sich sagen, dass die Präsenz militanter Islamisten die Wahrscheinlichkeit für ein Ende der momentanen kriegerischen Auseinandersetzungen und eine Findung einer diplomatischen Lösung gravierend verringert und stattdessen das Gewaltpotenzial ansteigen lässt. Salafistisch-jihadistische Ideologien zeichnen sich grundsätzlich durch eine „Entweder-Oder“-Mentalität aus, die Verhandlungen mit dem „Feind“ grundsätzlich nicht zulässt. Gerade beim Assad-Regime, das für die meisten Mujahidin die Verkörper-

rung des säkularen und blasphemischen Despotismus darstellt, wird hier sicher keine Ausnahme zu erwarten sein, sodass der Konflikt noch an Brutalität zunehmen dürfte, wenn weitere Jihadisten nach Syrien einsickern und über immer bessere ausländische Unterstützung verfügen. Zusätzlich kann die zunehmende Islamisierung Syriens zu tieferen Gräben innerhalb der gesamten Oppositionsbewegung führen. Je mehr Einfluss die Islamisten unter der Zivilbevölkerung und innerhalb der Opposition gewinnen, desto wahrscheinlicher ist es auch, dass die Mehrheit der nicht-muslimischen internationalen Gemeinschaft, deren allgemeine Haltung gegenüber dem Syrienkonflikt ohnehin schon durch Zurückhaltung geprägt ist, sich zukünftig noch mehr von der Opposition distanzieren und weitere Unterstützung einstellen wird.

### VIII. Zusammenfassung

Momentan müssen daher die Zukunftsperspektiven für eine schnelle Beendigung der Gewalt im syrischen Konflikt als äußerst düster beschrieben werden. Die Situation ist durch eine deutliche Zunahme an Gewalt, dem massiven Einfluss externer Akteure, einer militärischen Pattsituation und dem Ausbleiben diplomatischer Lösungen geprägt. Folgende Punkte stellen die größten Hindernisse für einen baldigen Frieden dar.

- **Entpolitisierung:** Sowohl das Assad-Regime als auch der Großteil der Oppositionsbewegung haben mehrmals die Aufnahme eines Dialogs verweigert, was eine politische Lösung derzeit gravierend erschwert. Dementsprechend drängen beide Seiten auf einen militärischen Sieg, was zu einer Gewaltexplosion führte und unterschiedliche Gewaltakteure mit diversen Strategien und Zielvorstellungen auf den Plan rief. Militärisch aber befinden sich die Rebellen und das Regime in einer zwickmühlenartigen Situation, in der keine der beiden Seiten in naher Zukunft die Oberhand gewinnen wird. Zugunsten der syrischen Zivilbevölkerung müssten Regierung und Opposition aus ihrer momentanen politischen Starre erwachen und sich um einen Dialog bemühen. In diesem Sinne ist die neue Bereitschaft von Moaz al-Khatib, Oppositionsführer der NC, Verhandlungen mit dem Regime nicht generell auszuschließen,
- durchaus begrüßenswert, und Vertreter des Assad-Regimes sollten darauf eingehen. Sobald ein politischer Dialog stattfindet, müssen die militärischen Aktionen eingestellt werden, wozu die Vereinbarung und Achtung eines Waffenstillstands notwendig ist. Die internationale Ächtung des Assad-Regimes und die Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten sind zwar aus politisch-moralischer Sichtweise nachvollziehbar, haben aber die Optionen auf eine diplomatische Lösung schwinden lassen. Bashar al-Assad wurde jegliche Legitimation entzogen, in der Hoffnung, einen schnellen Sturz des Regimes herbeiführen zu können. Dies erwies sich als trügerisch. Dadurch kann dem Assad-Regime in der jetzigen Situation kein Angebot gemacht, welches einen Rücktritt Bashar al-Assads forcieren könnte. Hier hat sich die internationale Gemeinschaft und die Opposition einiger Optionen beraubt, sodass sich das Assad-Regime noch mehr unter Druck fühlt, die „militärische Lösung“ erfolgreich durchsetzen zu müssen.
- **Mangelnde Unterstützung:** Den Rebellen fehlt es nach wie vor an adäquater finanzieller, materieller und moralischer Unterstützung aus dem Ausland. Demgegenüber könnte das Regime durch verschärfte Sanktionen geschwächt werden, was allerdings die Kooperation von China und Russland voraussetzt. Obwohl beide Großmächte, vor allem aber Russland, sich bisher annähernd bedingungslos hinter die syrische Regierung gestellt haben und auf dieser Position wahrscheinlich auch weiterhin beharren werden, kann letztlich keine definitive Voraussage zum Verhalten Chinas und Russlands gemacht werden. Angesichts der eskalierenden Situation in den letzten Monaten konnte man aber auch zum ersten Mal Anzeichen für ein Unbehagen und Verunsicherung bei der russischen Seite erkennen. Sollten China und Russland nicht durch die internationale Gemeinschaft gewisse Sicherheitsgarantien erhalten, sollte nicht versucht werden, sie intensiv als ernstzunehmende Regionalkräfte in eine Konfliktlösung einzubeziehen und ihnen gleichzeitig nicht bewusst werden, dass ihnen die weitere



Unterstützung des Assad-Regimes schadet, wird eine Beilegung des Konfliktes unter ausländischer Beteiligung auf politischer Ebene unwahrscheinlich werden. Eine militärische Intervention oder die Einrichtung von Schutzkorridoren für Flüchtlinge (*safe areas*) an der türkischen und jordanischen Grenze bzw. Flugschutzzonen bleibt ebenso unwahrscheinlich, da nur die wenigsten internationalen und regionalen Akteure bereit sind, sich direkt im Syrienkonflikt zu engagieren. Hinzu kommt die personelle und logistische Belastung: Ein Schutzkorridor von 80 km Breite und 50 km Tiefe würde 40.000-50.000 Bodentruppen erfordern (Kaim 2012). Ein Schutz dieser Bodentruppen könnte nur in Verbindung mit einer Flugverbotszone umgesetzt werden.

- **Mangelnde Koordination unter den Oppositionsgruppierungen:** Sowohl die FSA als auch der NC müssen sich um mehr Einheit und Einigkeit untereinander bemühen und interne Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten beseitigen. Die Rebellen müssten eine bessere Kommunikationsstruktur unter den einzelnen Kampfeinheiten herstellen, um eine koordinierte Militärstrategie zu ermöglichen. Auch müsste die Opposition vielen Ängsten, wie zum Beispiel dem wachsenden Gefühl von Unbehagen unter den religiösen Minderheiten, entscheidender entgegenwirken. So müsste das Schicksal der Alawiten oder Christen offener diskutiert werden, indem Sicherheitsgarantien ausgesprochen werden, zumal sich viele Alawiten und auch Christen der Opposition angeschlossen haben. Hinzu müssen die Grabenkämpfe zwischen Exilanten und innersyrischer Opposition dauerhaft überwunden werden. Das Misstrauen der im Inland tätigen Aktivisten gegen die Exilanten, die als „Sprachrohler westlicher Interessen“ und Kritiker einer „syrischen Lösung“ gelten, sollte durch bessere Koordination und Kommunikation reduziert werden. Die unterschiedlichen Oppositionsgruppen sollten stärker berücksichtigen, dass nur eine geeinte Bewegung den politischen und/oder militärischen Erfolg sicherstellen kann. Obwohl die NC auch innerhalb der syrischen Opposition umstritten ist,

wurde er als offizieller Vertreter der syrischen Opposition legitimiert und von vielen Staaten anerkannt. Dieses Vertrauen sollte genutzt werden, indem versucht wird, die FSA enger in die politischen Strukturen einzubinden. Gleichzeitig sollte die Graswurzelbewegung der LKK in Syrien besser und nachhaltiger in den NC integriert werden. Ziel muss es sein, schlagkräftige, parteiübergreifende Institutionen herauszubilden, um für die Zeit nach Bashar al-Assad gewappnet zu sein und einen möglichst friedlichen und demokratischen Transformationsprozess realisieren zu können.

- **Wachsender Einfluss islamistischer Gruppen:** Es bleibt dahingestellt, ob die Islamisten als Revolutionäre oder Opportunisten betrachtet werden sollten. Unumstritten ist, dass vor allem militante Jihadisten das Gewaltpotenzial im Syrienkonflikt erweitern und externen Akteuren als Agenten dienen. Die islamistischen Netzwerke sind oft besser finanziert und organisiert als ihre säkularen Gegenüber, so dass sie bereits eine zentrale Rolle in der Oppositionsbewegung spielen und in einigen Regionen eine immense Popularität genießen, die sich zukünftig noch ausweiten kann. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssten westliche Mächte ihre Unterstützung für moderate und säkulare Oppositionsgruppen weiter erhöhen. Hierbei werden Waffenlieferungen jedoch weiterhin (offiziell) abgelehnt, um eine weitere Militarisierung des Prozesses zu vermeiden. Vor dem Hintergrund, dass insbesondere islamistische Strömungen durch Sponsoren wie Saudi-Arabien und Katar mit Waffen versorgt werden, sollte die internationale Gemeinschaft den Druck auf diese Geberländer erhöhen. Als Verbündete des Westens sollten Katar und Saudi-Arabien nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass solche Aktivitäten den Konflikt nur zusätzlich militarisieren, regionalisieren und konfessionalisieren. Auch wenn beide Monarchien eine vor allem gegen Iran gerichtete Agenda als strategisches Ziel verfolgen und somit eine sunnitische Regierung im Sinne Riads und Dohas wäre, was sich zum Teil mit den strate-

gischen Interessen des Westens deckt, könnte eine nachhaltige Fragmentierung und Konfessionalisierung des Konfliktes zu unübersichtlichen Problemen führen. Der Staatszerfall, die Kantonisierung, Balkanisierung oder Libanonisierung Syriens hätten zur Folge, die gesamte Region dauerhaft zu destabilisieren, was auch direkte Auswirkungen auf die

innere Stabilität und die Hegemonialbestrebungen der Golfmonarchien hätte. Viele Aktivisten beklagen, dass sie die Ideologie der Islamisten zwar nicht unterstützen, aber zunehmend keine andere Wahl sehen, als sich mit diesen unter der Devise „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ zu verbünden.

### Ausgewählte Bibliographie

- ALJAZEERA ONLINE: "US official says al-Qaeda involved in Syria", 17. Februar 2012, <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2012/02/201221794018300979.html>.
- ASSEBURG, MURIEL, WIMMEN, HEIKO: Der gewaltsame Machtkampf in Syrien, *SWP Aktuell*, Februar 2012.
- ASSYRIAN INTERNATIONAL NEWS AGENCY: "Uproar in Germany Over Salafi Drive to Hand Out Millions of Qurans", 16. April 2012, <http://www.aina.org/news/20120416150547.htm>.
- BBC ONLINE: "Syria 'confirms' Israeli air strike but disputes target", 31. Januar 2013, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-21269766>.
- GLOBAL RESEARCH: "The West has Brought Terrorists to Syria: President Bashar Al Assad's Historic Speech. Full Transcript", 7. Januar 2013, <http://www.globalresearch.ca/the-west-has-brought-terrorists-to-syria-president-bashar-al-assads-historic-speech-full-transcript/5317977>.
- HANELT, CHRISTIAN-PETER, HELBERG, KRISTIN: Syrien – Vom Aufstand zum Krieg, *spotlight europe* 2013/02, Februar 2013.
- HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (Hrsg.): Syria's Revolution. Society, Power, Ideology, *Perspectives*, 3. Februar 2012.
- HOLLIDAY, JOSEEPH: Syria's Armed Opposition, Institute for the Study of War, März 2012.
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Syria's Kurds: A Struggle Within a Struggle, *Middle East Report* Nr. 136, 22. Januar 2013.
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Syria's Mutating Conflict, *Middle East Report* Nr. 128, 1. August 2012.
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Tentative Jihad: Syria's Fundamentalist Opposition, *Middle East Report* Nr. 131, 12. Oktober 2012.
- KAIM, MARKUS: Die Krise in Syrien – Möglichkeiten und Grenzen militärischen Einschreitens, *SWP Aktuell*, Februar 2012.
- KHOURY, DOREEN: Losing the Syrian Grassroots, *SWP Comments* 9, Februar 2013.
- LANDIS, JOSHUA: The Syrian Uprising of 2011: Why the Asad Regime Is Likely to Survive to 2013, Middle East Policy Council, <http://www.mepc.org/journal/middle-east-policy-archives/syrian-uprisi>, abgerufen am 12.09.2012.
- LUND, ARON: Divided they stand. An Overview of Syria's Political Opposition Factions, Foundation for European Progressive Studies, Mai 2012.
- LUND, ARON: Syrian Jihadism, Swedish Institute of International Affairs, Oslo 2012.
- SEAL, PATRICK: Asad of Syria – The Struggle for the Middle East, California, University of California 1983.

STEINBERG, GUIDO: Jihadi-Salafism and the Shi'is – Remarks about the Intellectual Roots of anti-Shi'ism, London 2009.

STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK: The Day After. Supporting a Democratic Transition in Syria, *SWP Comments* 28, August 2012.

*THE GUARDIAN ONLINE*: "Syrian opposition says it is ready for conditional peace talks", 1. Februar 2013, <http://www.guardian.co.uk/world/2013/feb/01/syrian-opposition-ready-peace-talks>.

*THE TELEGRAPH*: "Assad's brother-in-law and top Syrian officials killed in Damascus suicide bomb", 18. Juli 2012, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/9408321/Assads-brother-in-law-and-top-Syrian-officials-killed-in-Damascus-suicide-bomb.html>.

*WALL STREET JOURNAL*: Interview With Syrian President Bashar al-Assad, 31. Januar 2011, <http://online.wsj.com/article/SB1000142405274870383320457611471>, abgerufen am 16.09.2011.

*WASHINGTON POST ONLINE*: "Bashar al-Assad denies crackdown in exclusive interview with Barbara Walters", 12. Juli 2011, [http://www.washingtonpost.com/blogs/blogpost/post/bashar-assad-denies-crackdown-in-exclusive-interview-with-barbara-walters/2011/12/07/gIQAR9CEcO\\_blog.html](http://www.washingtonpost.com/blogs/blogpost/post/bashar-assad-denies-crackdown-in-exclusive-interview-with-barbara-walters/2011/12/07/gIQAR9CEcO_blog.html).

WIELAND, CARSTEN: A Decade of Lost Chances. Repression and Revolution from Damascus Spring to Arab Spring, Seattle 2012.

WORREN, TORSTEIN S.: Fear and Resistance – The Construction of Alawi Identity in Syria, Oslo, University of Oslo 2007.

## Impressum

### Herausgeber

Deutsches Orient-Institut

Jägerstraße 63 D - 10117 Berlin  
Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21 - Fax: +49 (0)30-30 64 10 29  
[doi@deutsches-orient-institut.de](mailto:doi@deutsches-orient-institut.de)  
[www.deutsches-orient-institut.de](http://www.deutsches-orient-institut.de)

**Copyright:** Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Die DOI-Kurzanalysen geben ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

### Autoren

Jan Deeg  
Sebastian Sons

**Chefredaktion:**  
Sebastian Sons

**Layout:**  
Hui Pieng Lie

**Editors:**  
Anna Fleischer  
Susen Hollmig

## **Vorsitzender des Vorstandes**

Dr. Gerald Bumharter  
General Manager ABC International Bank plc

## **Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes**

Henry Hasselbarth  
Vice President North & Central Europe a. D.  
Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler  
Mitglied des Beirates im NUMOV  
Nahostberatung

Helene Rang  
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV  
Helene Rang & Partner

## **Weitere Mitglieder des Vorstandes**

S.E. Ali Bin Harmal Al Dhaheri  
Chairman of the Executive Board of Governors  
Abu Dhabi University

Prof. Dr. Christina von Braun,  
Vorsitzende des Lehrstuhls für Kulturgeschichte und Gender  
Studies Humboldt Universität zu Berlin  
Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff, MdB  
Mitglied des Deutschen Bundestags

Philipp Lührs, Regional Vice President  
Deugro Middle East Regional Headquarters

Saffet Molvali  
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack, Botschafter a.D.  
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger  
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Bernd Romanski  
Vorsitzender des NUMOV

Dr. Gerhard Schäfer  
Leiter Wirtschaft und Politik a. D., Porsche AG

Prof. Dr. Susanne Schröter  
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster  
„Herausbildung normativer Ordnungen“  
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz  
Sprecher der Geschäftsführung a.D.  
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

## **Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung**

### *Präsident*

Günter Gloser, MdB, Staatsminister a.D.  
Mitglied des Deutschen Bundestags

### *Stellvertretender Präsident*

Prof. Dr. Mathias Rohe  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-  
Nürnberg, Juristische Fakultät

### *weitere Mitglieder des Kuratoriums*

Prof. Dr. Yousef Abdul Ghaffar  
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Sheikha Abdulla Al Misnad, Ph.D.  
Präsidentin der Qatar University

Klaus-Uwe Benneter  
HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Dr. Wolf-Ruthart Born  
Staatssekretär a.D.

Dr. Ralf Brauksiepe  
Parlamentarischer Staatssekretär  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann  
Journalist

Jürgen Chrobog  
Staatssekretär a.D.  
Mitglied des Vorstandes im NUMOV  
Vorsitzender der BMW Stiftung Herbert Quandt

Thomas Ellerbeck  
Mitglied im Beirat des NUMOV  
Direktor Unternehmenskommunikation und Politik  
Vodafone D2 GmbH

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman  
Steinbeis Universität Berlin  
Institut "Global Consulting and Government"

Stephan Hallmann  
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen  
HR Politik und Zeitgeschehen Aussenpolitik

Burkhardt Müller-Sönksen, MdB  
Mitglied des Deutschen Bundestags

Prof. Detlef Prinz  
Inhaber, PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe  
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle  
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt  
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil  
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse  
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L  
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz  
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten  
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens  
Repräsentant der Weltbank a.D.

Dr. Max Stadler, MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär

Wilhelm Staudacher  
Staatssekretär a.D.

Dr. Willi Steul  
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz, Chairman  
Deutsches Nationales Komitee Weltenergieerat

Serkan Tören, MdB  
Mitglied des Deutschen Bundestags

RA Rainer Wietstock  
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft